

Geschätzte Leserinnen und Leser

Es dauert nicht mehr lange, bis in unserem Kanton wieder Gemeindewahlen anstehen. Die Parteien und Gruppierungen bereiten sich vor und sind auf der Suche nach geeigneten Personen. In grösseren Gemeinden finden gleichzeitig die Wahlen für den Generalrat statt. Die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, ist in diesen Gemeinden gut verankert.

Was mich jedoch nachdenklich stimmt, ist das geringe Interesse in vielen kleineren Gemeinden. Mit grosser Mühe wird – oft über alle Parteigrenzen hinweg – eine Liste zusammengestellt, die genau der Anzahl Sitze im Gemeinderat entspricht. Diese Liste wird dem Volk vorgelegt. Die Bürgerinnen und Bürger haben somit keine echte Auswahl; es ist vielmehr ein Absegnen jener Personen, die bereit sind, ein solches Amt zu übernehmen. Das entspricht nicht dem demokratischen Verständnis von Wahlen, denn Wahlen sollen eine Auswahl ermöglichen – nicht bloss eine Bestätigung.

Dieser Umstand ist unbefriedigend und viele fragen sich, ob Gemeindefusionen die Situation verbessern könnten.

Ein politisches Engagement ist mit Zeitaufwand verbunden und erfordert Geduld und Ausdauer. Es ist wie beim Sport: Ist eine Partie gespielt, wartet bereits die nächste. Es gibt Siege und Niederlagen, Fouls und manchmal auch Verletzungen. Oft muss man die eigene Komfortzone verlassen. Trotz allem überwiegt die Befriedigung, etwas Positives für unsere Gesellschaft zu tun. Es ist schön, ein öffentliches Projekt über längere Zeit zu begleiten und erfolgreich abzuschliessen. Es bereitet Freude, sich für die Menschen in unseren Gemeinden einzusetzen.

Der oft geäusserten Meinung «Die da oben machen ja sowieso, was sie wollen», muss ich entschieden entgegnen: Das stimmt nicht. Jede und jeder hat die Möglichkeit, sich persönlich einzubringen – indem man einer Partei beitritt, sich für ein Amt zur Verfügung stellt oder in einer Kommission mitarbeitet. Gerade in einer Zeit, in der uns täglich Nachrichten von Katastrophen und Kriegen aus aller Welt erreichen, ist es wichtig, dass wir uns auf das konzentrieren, was wir tatsächlich und direkt beeinflussen können.

Ich ermuntere Sie, mitzumachen und mitzustalten, damit die Menschen in unseren Gemeinden auch künftig in einer sicheren und freiheitlichen Gesellschaft leben dürfen.

Franz Schneider, Präsident der FDP Sense

## Verkehr – Fluch oder Segen?



Der Verkehr hat in der Geschichte der Menschheit eine zentrale Bedeutung – er war und ist eine der treibenden Kräfte für kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Nachfolgend eine kurze Übersicht seiner Bedeutung in verschiedenen Epochen:

### 1. Frühgeschichte und Antike

- ◆ **Bedeutung:** Verkehr diente dem Austausch von Gütern, Ideen und Menschen
- ◆ **Folgen:** Entstehung von Städten, Ausbreitung von Religionen, Technologien und Sprachen.

### 2. Mittelalter

- ◆ **Bedeutung:** Verkehr als Grundlage für Handel und Herrschaft.
- ◆ **Folgen:** Entstehung von Handelszentren, Märkten und kulturellem Austausch.

### 3. Neuzeit und Industrialisierung

- ◆ **Bedeutung:** Revolution des Verkehrs durch technische Innovationen.
- ◆ **Folgen:** Industrialisierung, Urbanisierung, Globalisierung und soziale Umwälzungen.

### 4. 20. Jahrhundert

- ◆ **Bedeutung:** Verkehr als Motor der Globalisierung.
- ◆ **Folgen:** Tourismus, internationale

Arbeitsteilung, wirtschaftliche Verflechtung – aber auch Umweltprobleme und Energieverbrauch.

### 5. Gegenwart und Zukunft

- ◆ **Bedeutung:** Verkehr als Herausforderung und Chance für Nachhaltigkeit.
- ◆ **Folgen:** Wandel der Lebensweise, neue Wirtschaftszweige, Anpassung an den Klimawandel.

### Fazit

Der Verkehr ist **mehr als nur Fortbewegung** – er ist:

- ◆ **Grundlage der Zivilisation**
- ◆ **Träger von Wissen, Kultur und Wirtschaft**
- ◆ **Motor des Fortschritts**, aber auch **Quelle neuer Probleme**

In Düdingen ist Verkehr ein DauertHEMA. Stau während den Stosszeiten, Lärmelastung, 30er Zonen, Sicherheit für die Schulkinder, Rückstau auf die Autobahn verbunden mit grosser Unfallgefahr und vieles mehr. Neben all diesen Herausforderungen, gilt es immer den Nutzen der Mobilität im Auge zu behalten. Einschränkungen und Behinderungen des Verkehrs erzeugen Zeitverlust, Ärger und Unzufriedenheit.

Mit den vielen Arbeitsplätzen sowie dem breiten Angebot an Einkaufsläden, Restaurants, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ist Düdingen das wirtschaftliche Zentrum unserer Region. Zusätzlich ist Düdingen, wegen seiner verkehrstechnisch optimalen Lage, als Wohnort bei Pendlerinnen und Pendlern sehr beliebt.

Dies alles erzeugt Verkehr und belastet unserer Dorfdurchfahrt. Die seit Jahrzehnten projektierte Umfahrungsstrasse wird wohl nie realisiert werden, so dass die Verkehrsmenge durch Düdingen in Zukunft kaum abnehmen wird. Die geplante Sanierung der Dorfdurchfahrt (Projekt VALTRALOC) bringt zwar einige Verbesserungen. Für die grösste Herausforderung, nämlich die Entflechtung von Langsam- und motorisiertem Verkehr im Bereich Bahnhof, ist in den geplanten Massnahmen keine Lösung sichtbar.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist auf eine gut funktionierende Mobilität angewiesen. Der öffentliche Verkehr (ÖV wie Bahn und Bus) und der Individualverkehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide haben wichtige Aufgaben zu erfüllen. Durch die vielen Staus gehen täglich tausende von Stunden verloren, die neben den privaten Verkehrsteilnehmern auch die vielen Versorger treffen, wie Gesundheitsdienstleister (Ambulanz, Spitex, etc.), Materialtransporteure (Lebensmittel, Bau, usw.) sowie viele Leistungen des täglichen Lebens (Servicemontoure, Beraterinnen und Berater, Reparaturservice, etc.). Dieser Umstand treibt die Kosten für alle in die Höhe und verunmöglicht eine seriöse Terminplanung.

Bei allen Verkehrsplanungen ist Effizienz gefragt. Die FDP Düdingen setzt sich für lösungsorientiertes und pragmatisches Vorgehen, mit allen Beteiligten, ein.

Herbert Stadler, Generalrat, Düdingen

## Leserbriefe zum Thema

### Düdinger Stossverkehr

Das Problem der Durchfahrt Düdingen während der Stosszeiten ist ja allgemein bekannt: Stau – Stau – Stau, und es wird immer schlimmer.

Eine Idee, um ein wenig dagegenzuhalten und den Postauto-Fahrplan besser einhalten zu können: Wir verlegen die Postauto-Haltestelle, zurzeit vor dem Bahnhof, auf die Rückseite des Bahnhofs nahe Ziegelei. Vorteile: Die Postauto-Linien von Murten, Laupen und Kerzers müssten nicht mehr durch das Dorf fahren und wären pünktlicher.

Die Distanz zum Bahnhof wäre praktisch gleich. Platz hätte es; natürlich braucht es Verhandlungen und Zustimmung. Ich schätze, dass dies mit relativ geringen Kosten realisierbar sein sollte. Und für alle, die diese Idee weiterspinnen wollen: Der Grossteil der Schüler würde durch die Bahnhofunterführung laufen; warum die Unterführung nicht gleich bis vor das Coop weiterziehen, mit Rampe zum Parkplatz? Natürlich bleibt die TPF-Bushaltestelle wie bis anhin vor dem Bahnhof.

Und wenn ich schon am Schreiben bin: Warum machen wir beim Übergang zum Bahnhof nicht eine Signalanlage? Das würde Autofahrern und dem Fussvolk viel Stress ersparen? Mit der heutigen Technik kann man sehr gute Lösungen finden: einfach und effizient machbar.

Peter Oschwald, Düdingen

### Illusion Valtraloc Düdingen

Das Projekt, wie bei der öffentlichen Orientierung im Podium Düdingen vorgestellt, muss dringend mit einem Nothalt verworfen werden. Es entspricht nicht den gültigen Normen (wichtige Durchfahrtsstrassen dürfen nicht mit einer 30 km/h Beschränkung belegt werden). Der Wegfall von Zebrastreifen für Fussgänger ist unakzeptabel. Die Verkehrsmenge wird nicht reduziert, der Stau wird lediglich verlagert. Der Transit Richtung Tafers und Plaffeien ist ein wichtiges Element des Verkehrs durch Düdingen. Die gestalterischen Pläne sind eine teure Kosmetik.

Das Projekt ist keine realistische Alternative zur vor Jahren verworfenen Umfahrungsstrasse.

Deshalb: Nothalt und punktuell mit bescheidenen Mitteln Lösungen für kritische Stellen erarbeiten.

Hans-Karl Pfyffer, Düdingen

## Im Gedenken an Heinz Jost

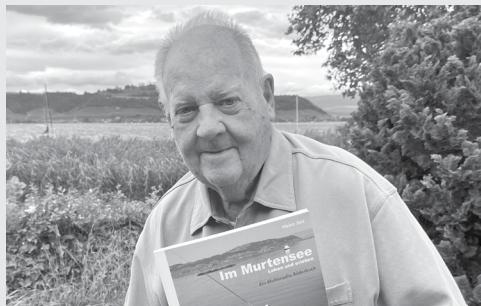


Bild: Urs Haenni, Der Murtenbieter

Lehrer, Politiker, Unternehmer, Visionär, Heinz Jost hat in seinem langen Leben viel umgesetzt. Aufgewachsen in Bösingen hat er den Beruf eines Primarlehrers ergriffen. Seine erste Stelle fand er an der Primarschule Flamatt. Nach einigen Jahren wechselte er an die Berufsschule Freiburg.

Heinz Jost hatte einen guten Zugang zu den Jugendlichen und konnte in ihnen das Interesse für gesellschaftliche Themen wecken. Eine Initiative für das Stimmrechtsalter 18 auf kantonaler Ebene setzte er mit der jungen Generation erfolgreich um.

1966 kandidierte Heinz Jost im Alter von 27 Jahren für den Gemeinderat Bösingen und wurde im ersten Anlauf gewählt. Dieses Amt bekleidete er während 12 Jahren. 1976 kandidierte er für den Grossen Rat und erhielt als einer von zwei FDP Sense Vertretern das Vertrauen der Wähler. Dem Grossen Rat hat er während 10 Jahren bis 1985 angehört.

Es ist seiner Vision zu verdanken, dass die FDP Sense mit dem «impuls», als erste Partei im Bezirk, eine Parteizeitung publizierte, die noch heute regelmässig erscheint.

Heinz Jost konnte zuhören, diskutieren, andere Meinungen akzeptieren, behielt aber seine liberale Haltung. Er blieb sachlich, wurde nie polemisch oder ideologisch. Am 1. Oktober 2025 hat er uns im Alter von 86 Jahren für immer verlassen.

Paulf Fries, Wünnewil

# Die Verantwortungslosigkeit der SP

Die FDP.Die Liberalen des Kantons Freiburg bedauert zutiefst die Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei, ein Referendum gegen das Gesetz zur Sanierung der Kantonsfinanzen (SKfG) zu lancieren, das aus dem Sanierungsprogramm der Kantonsfinanzen (PAFE) hervorgegangen ist. Diese bewusste Entscheidung blockiert die Umsetzung eines ausgewogenen Plans, der das Ergebnis einer breiten Konsultation und einer konstruktiven Debatte im Grossen Rat ist. Die FDP-Grossräte haben diesen Vorschlag übrigens einstimmig unterstützt. Mit der Einreichung des Referendums gefährdet die SP die Haushaltssstabilität des Kantons.

Während die kantonalen Ausgaben in den letzten zehn Jahren um über 30% gestiegen sind, zielte das SKfG darauf ab, die finanzielle Balance langfristig

wiederherzustellen – ohne die zentralen Leistungen des Staates infrage zu stellen. Weit entfernt von einem Sparprogramm, vereint das SKfG finanzielle Disziplin und Verantwortung:

- ♦ Schutz der sozialen Leistungen und der Pflegeheime;
- ♦ Verzicht auf Massnahmen, die Haushalte mit tiefen Einkommen belastet hätten;
- ♦ moderate steuerliche Anpassungen, insbesondere im Zusammenhang mit der kalten Progression.

Mit dem Referendum hat die SP den Weg der Blockade gewählt. Dieser Entscheid, der aus reinem Wahlkalkül gefällt wurde, führt direkt zur Suspendierung des SKfG – und damit dazu, dass der Kan-

ton keinen Voranschlag 2026 verabschieden kann. Der Staatsrat hatte keine andere Wahl, als den Budgetentwurf zurückzuziehen: Jede Alternative hätte Steuererhöhungen oder schmerzhafte Leistungskürzungen bedeutet.

Die FDP kritisiert dieses verantwortungslose Vorgehen, das die Glaubwürdigkeit der kantonalen Finanzpolitik untergräbt, die notwendige Sanierung verzögert und grosse Unsicherheit für Gemeinden, Institutionen und Unternehmen schafft.

Gemeinsam mit ihren Partnern der Mitte und der SVP wird die FDP eine entschlossene Kampagne führen, um das SKfG zu verteidigen – ein ausgewogenes, realistisches und notwendiges Gesetz zur Sicherung der finanziellen Stabilität und der Handlungsfähigkeit unseres Kantons.

## Nein zum Bürgerdienst-Zwang

Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» verlangt, dass flächendeckend alle Bürgerinnen und Bürger einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt ableisten. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieser Dienst in der Armee, in der Betreuung oder für den Klimaschutz geleistet wird – das Einsatzfeld ist völlig frei. Durch die Rekrutierung von Frauen würden de facto mehr Menschen rekrutiert, es stünden aber wegen der Einsatzbreite viel weniger Personen für unsere Sicherheit zur Verfügung. Den Preis dafür zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Der Bundesrat und das Parlament lehnen den Bürgerdienst-Zwang ab. Sie sind sich einig: Die Ausweitung der Dienstpflicht ist nicht der richtige Weg, das Engagement der Schweizer Bürgerinnen und Bürger für die Gesellschaft zu fördern. Der Zweck der Dienstpflicht soll weiterhin darin bestehen, Armee und Zivilschutz mit genügend Personal

zu versorgen, um die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten.

### Wieso Bundesrat, Parlament, SVP, FDP, Mitte und die Wirtschaft Nein sagen:

Nein zur Schwächung unserer Armee und Sicherheit – Nein zur Abschaffung der Wehrpflicht: Damit die Armee einsatzbereit ist, braucht sie einen verlässlichen personellen Bestand. Dieser wird heute durch die Wehrpflicht gesichert. Wenn neben dem Militärdienst auch ein beliebiger Einsatz in der Betreuung oder für den Klimaschutz möglich ist, lässt sich der Bestand unserer Armee nicht mehr garantieren.

Nein zur Zwangarbeit: Die Initiative zwingt pauschal und flächendeckend alle Bürgerinnen und Bürger zu Pflichtdiensten, selbst während der Ausbildung oder dem Berufseinstieg. Das ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die persönliche Freiheit und widerspricht sowohl dem Verbot von Zwangarbeit als auch unserem Miliz-

system – der Wert von Freiwilligenarbeit geht verloren. Wenn alle irgendwelchen Dienst leisten, bleibt die Arbeit an den verbleibenden Mitarbeitenden hängen, wodurch der Druck auf diese zunimmt.

Nein zur Belastung der Wirtschaft und der Kantone: Jährlich würden, im Vergleich zu heute, doppelt so viele Arbeitskräfte für mehrere Monate vom Arbeitsmarkt abgezogen. Dienstleistende würden Aufgaben übernehmen, für die sie kaum ausgebildet sind. Ausserdem würden allein die Erbversatzkosten um rund 800 Millionen Franken steigen und die Militärversicherung um zusätzliche 160 Millionen Franken. Die Rechnung zahlen die Arbeitnehmende und Arbeitgebende. Auch auf die Kantone kämen Mehrkosten in Millionenhöhe zu, um die Einsätze in den vielen neuen möglichen Einsatzgebieten zu koordinieren.

**STERNHAUS DÜDINGEN AG**  
Architekturbüro + Generalunternehmung  
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen  
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01  
E-Mail: [arch.gu@sternhaus.ch](mailto:arch.gu@sternhaus.ch) [www.sternhaus.ch](http://www.sternhaus.ch)  
Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

**Säumige Zahler?**  
**HELVETICUM**  
Inkasso SA AG  
Rue de Romont 12  
1701 Fribourg  
Tel 026 347 58 58  
[www.helveticum-inkasso.ch](http://www.helveticum-inkasso.ch)

**MALEREI**  
**MANUEL**  
**WAEBER**  
SICHTBAR FARBIGER  
3175 Flamatt  
031 741 24 70  
[www.malerei-waeber.ch](http://www.malerei-waeber.ch)  
1712 Tafers  
026 494 24 70

**Betreten Sie**  
**unsere Welt**  
**bulliard**  
IMMOBILIER  
[www.bulliard.ch](http://www.bulliard.ch)  
[immobilier@bulliard.ch](mailto:immobilier@bulliard.ch)

**WSM**  
Walter Stähli  
Felsenegg 6  
3184 Wünnewil  
026 496 48 40  
**Mechanik & Sicherheitstechnik**  
**Kassen- / Feuerschutzschränke**

**RIEDO**  
**CLIMA**  
[www.riedoclima.ch](http://www.riedoclima.ch)

**Wir haben was Sie suchen.**  
**LEHMANN**  
Düdingen | [www.lehmann.info](http://www.lehmann.info)

**Kaderli AG**  
Gartenbau • Düdingen  
c 026 493 15 44  
**Jardin Suisse**  
**Garant für gutes Wohnen**  
[kaderli.ch](http://kaderli.ch)

**Crottet AG**  
3186 DÜDINGEN TEL. 026 492 90 90  
Elektro-Installationen  
Telekommunikation  
Steuerungen/Schaltanlagen  
Lichtplanung  
Elektro-Fachgeschäft  
Reparaturen / Service

**axalta**  
Treuhand AG  
**axalta**  
Revisionen AG  
**axalta**  
Datacenter AG  
Buchführung  
Wirtschaftsprüfung  
Unternehmensberatung  
Steuerberatung  
Datacenter  
EXPERT  
CERTIFIED COMPANY  
Duessstrasse 1 | Postfach 15 | CH-3186 Düdingen  
[info@axalta.ch](mailto:info@axalta.ch) | [www.axalta.ch](http://www.axalta.ch) | Tel +41 26 505 11 11

**Fasel**  
Düdingen  
für VW  
zu Fasel

**schaller wohnen**  
möbel vorhänge bodenläge teppiche polsterwerkstätte  
schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,  
3175 flamatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78  
e-mail: [info@schaller-wohnen.ch](mailto:info@schaller-wohnen.ch)  
[www.schaller-wohnen.ch](http://www.schaller-wohnen.ch)  
Garant für gutes Wohnen

# Die extreme Juso-Initiative schafft nur Verlierer

Die «Initiative für eine Zukunft» der Jungsozialisten gefährdet genau das, was sie zu schützen vorgibt: die Zukunft der Schweiz. Die Einführung einer Steuer von 50% auf Erbschaften und Schenkungen ab einem Betrag von 50 Millionen Franken würde die stärksten Steuerzahler vertreiben. Die Folgen wären Steuererhöhungen für private Haushalte, die Gefährdung zahlreicher Familienunternehmen und damit von Arbeitsplätzen sowie eine deutliche Schwächung der Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts. Diese Initiative schafft somit nur Verlierer. Deshalb bekämpft eine breite Allianz bestehend aus der FDP, SVP, Die Mitte, GLP und verschiedenen Wirtschaftsverbänden die extreme Juso-Initiative.

## Steuerausfälle zulasten des Mittelstandes

Die Jungsozialisten (Juso) wollen die hypothetischen Einnahmen ihrer Erbschaftssteuer für die «ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft» verwenden.

Doch laut Bundesrat würde diese Initiative zum Wegzug der stärksten Steuerzahler führen und Steuerausfälle von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr verursachen. Angesichts der sich abzeichnenden Haushaltsdefizite des Bundes sind solche Verluste nicht tragbar. Sie könnten nur durch massive Einsparungen bei den öffentlichen Dienstleistungen oder durch Steuererhöhungen kompensiert werden — wiederum zu lasten jener, die heute den Löwenteil zur Wohlstandssicherung unseres Landes beitragen: der Mittelstand. Für einen Durchschnittshaushalt könnte dies eine Mehrbelastung von bis zu 1265 Franken pro Jahr bedeuten.

## Eine extreme Steuer, die Familienunternehmen gefährdet

Viele mittelgrosse und grosse Firmen in der Schweiz sind Familienunternehmen. Das Vermögen der Eigentümer ist in ihren Firmen gebunden. Da der Wert einer Firma grösstenteils auf gebunde-

nen Vermögenswerten beruht, wären die Erben gezwungen, Teile oder sogar das gesamte Unternehmen zu verkaufen — meist an ausländische Investoren. Nur so könnten sie derart hohe Steuern bezahlen. Damit bedroht die Initiative von Schweizer Familienunternehmen, die traditionelle Marken geschaffen haben, die Tausende Arbeitsplätze sichern und ein dichtes Netz lokaler KMU am Leben erhalten.

## Eine kontraproduktive und gefährliche Initiative

Wer würde es akzeptieren, wenn ein mit Leidenschaft und grossem persönlichem Engagement aufgebautes Unternehmen beim Tod seines Eigentümers zerschlagen wird? Mittelfristig wären die Folgen der Initiative verheerend: Die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts wird geschwächt, die Gründung neuer Unternehmen gehemmt und die Innovationskraft — die für eine verantwortungsvolle ökologische

Transformation unverzichtbar ist — beeinträchtigt. Dabei handelt die Schweiz bereits: Seit Beginn der 2000er Jahre hat unser Land seinen ökologischen Fussabdruck dank einer aktiven und wirksamen Klimapolitik um mehr als einen Viertel reduziert. Anstatt diesen Weg konsequent weiterzugehen, wollen die Jungsozialisten die grössten Steuerzahler aus der Schweiz vertreiben — genau jene, die einen wesentlichen Teil der öffentlichen Einnahmen finanzieren.

Eine solche Steuer schafft nur Verlierer. Deshalb empfehlen der Bundesrat, das Parlament und die Konferenz der Kantonsregierungen, die Juso-Initiative abzulehnen. Auch die breite Allianz bestehend aus SVP, FDP, Die Mitte, GLP, economiesuisse, Swissmem, dem Schweizerischen Gewerbeverband, Swiss Family Business und der Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften engagiert sich gegen diese Vorlage und ihre katastrophalen Folgen.

# NEIN zur Mindestlohn-Initiative

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einer erheblichen Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands geführt. Die erfolgreich gelebte Sozialpartnerschaft bildet seit langem eine der Grundlagen für unser ausgewogenes und erfolgreiches Wirtschaftssystem. Doch gerade die Gewerkschaften, die SP und die Grünen setzen diese Errungenschaften mit der Initiative zur Einführung eines

staatlichen Mindestlohns im Kanton Freiburg aufs Spiel.

Für Unternehmen führt ein Mindestlohn unweigerlich zu höheren Lohnkosten. Für KMU und Branchen mit engen Margen sind dies grosse finanzielle Belastungen, die nicht selten zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Der soziale Frieden in der Schweiz beruht darauf, dass Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer in den Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge (GAV) immer wieder ausgewogene Kompromisse finden, die die branchenspezifischen Rahmenbedingungen berücksichtigen und die einen funktionierenden Arbeitsmarkt garantieren.

Mindestlohn ist Angriff auf die Berufsbildung: Warum sollte ein junger Mensch den Weg einer Berufslehre ein-

schlagen, wenn er während der Ausbildung deutlich weniger als der vorgegebene Mindestlohn verdient und nach Abschluss der Ausbildung die Lohndifferenz zu ungelernter Arbeit nur gering ist? So verliert die Berufslehre an Attraktivität und das duale Bildungssystem gerät unter Druck. Unseren KMU droht ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften — mit Folgen, die langfristig niemandem nützen.

# Mitteilungen aus den Sektionen



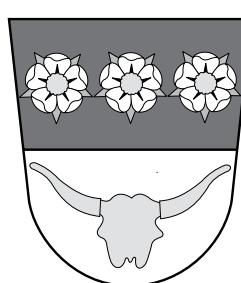
## FDP Tafers bereitet sich engagiert auf die Gemeindewahlen 2026 vor

Die FDP-Sektion Tafers steckt mittleren in den Vorbereitungen für die Gemeindewahlen im März 2026. Schon heute steht fest: Wir treten mit einem motivierten und kompetenten Team an das bereit ist, Verantwortung zu übernehmen um unsere Gemeinde mit Weitsicht, Vernunft und Tatkraft weiterzuentwickeln. Um unsere Kandidatinnen und Kandidaten, sowie die Anliegen der FDP Tafers der Bevölkerung näherzubringen, führen wir in den kommenden Wochen drei Informationsanlässe in allen Ortsteilen der Gemeinde durch.

### Unsere Termine

- ◆ Tafers, Samstag 15. November 2025, vor dem Chees Gourmet an der Thunstrasse, 8.00–11.30 Uhr
- ◆ St. Antoni, Samstag 29. November 2025, vor dem Spar mini, 8.00–11.30 Uhr
- ◆ Alterswil, Samstag 6. Dezember 2025, am Santiklousmärit, 10.00–18.30 Uhr

Wir freuen uns darauf, an diesen Anlässen möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner zu begrüssen, in entspannter Atmosphäre ins Gespräch zu kommen und über die Zukunft unserer Gemeinde zu diskutieren.



## «Verantwortung übernehmen heißt, das Dorf mitgestalten»

### Interview mit Dylan Porchet, Gemeinderat Düdingen

Mit 25 Jahren gehört Dylan Porchet bereits zu den prägenden Stimmen in der Düdinger Gemeindepolitik. Seit fast fünf Jahren engagiert er sich im Gemeinderat und ist dort für die Finanzen und Öffentliche Sicherheit zuständig. Im Gespräch erzählt er, was ihn antreibt, welche Projekte ihn besonders beschäftigen — und warum er sich selbst als Zuhörer, Vermittler und Brückenbauer zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik versteht.

Dylan, du bist schon seit einigen Jahren im Gemeinderat aktiv — und das in sehr jungem Alter. Wie kam es dazu, dass du dich politisch engagierst?

Ich habe schon früh bemerkt, dass mich Politik fasziniert — besonders, weil man auf Gemeindeebene nachhaltig bewegen und mitgestalten kann. Die Entscheidungen, die wir treffen, wirken sich direkt auf das Leben der Menschen hier in Düdingen aus. Das hat mich motiviert, Verantwortung zu übernehmen und aktiv mitzustalten, statt einfach zuzuschauen.

Was begeistert dich an der Gemeindepolitik am meisten?

Ganz klar die Nähe. Der Austausch mit den Menschen im Dorf ist mir sehr wichtig — zu hören, wo der Schuh drückt, was die Leute sich wünschen oder was ver-



bessert werden könnte. Ich sehe mich dabei auch als Zuhörer, Vermittler und Brückenbauer: Jemand, der die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt, sie verständlich in die Verwaltung trägt und gemeinsam Lösungen sucht, die für alle Sinn ergeben. Genau das macht die Gemeindepolitik für mich so spannend.

**Du verantwortest die Finanzen und die Öffentliche Sicherheit – ein sehr anspruchsvolles Ressort. Welche Themen stehen aktuell im Mittelpunkt?**

Die finanzielle Lage der Gemeinde ist sicher eines der grössten Themen. Wir stehen vor wichtigen Investitionen, die sorgfältig geplant und langfristig finanziert werden müssen. Es ist eine Gratwanderung zwischen Gestalten und Verantwortung übernehmen. Düdingen

soll weiterhin zukunfts-fähig bleiben – dafür müssen wir mit Augenmaß investieren.

**Gibt es ein Projekt, das dir dabei besonders am Herzen liegt?**

Ja, der Umbau des Feuerwehrlokals – also des Ausst&uuml;rckstandorts in Düdingen. Dieses

Projekt begleite ich sehr eng. Es ist spannend zu sehen, wie viele Menschen und Fachbereiche zusammenarbeiten, damit alles funktioniert. Ich finde es schön, so nah an einem Projekt zu sein, das nicht nur technisch inter-



essant ist, sondern auch einen echten Mehrwert bringt.

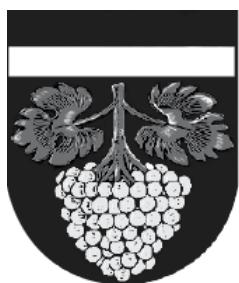
**Man merkt, dass dir der Kontakt zur Bevölkerung wichtig ist. Warum ist dir dieser Austausch so zentral?**

Weil gute Politik nur funktioniert, wenn man weiß, was die Menschen bewegen. Ich finde, Politik soll nicht abgehoben sein, sondern verständlich und greifbar. Mir ist wichtig, zuzuhören, ehrlich zu sein und auch schwierige Themen transparent anzusprechen. Als Brückenbauer versuche ich, Verständnis auf beiden Seiten zu schaffen – zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Verwaltung.

**Was bedeutet für dich persönlich, Verantwortung zu übernehmen?**

Verantwortung übernehmen heißt für mich, Entscheidungen zu treffen – auch wenn sie nicht immer einfach sind. Es bedeutet, Ressourcen bewusst einzusetzen, Projekte mit Weitblick anzugehen und das Wohl der Gemeinde immer im Vordergrund zu behalten. Politik ist für mich kein Selbstzweck, sondern ein Dienst an der Bevölkerung.

**Und zum Schluss: Was wünschst du dir für Düdingen in den nächsten Jahren?** Ich wünsche mir, dass Düdingen weiterhin ein Ort bleibt, an dem man gerne lebt und sich engagiert. Wir sollen offen für Neues bleiben, ohne unsere Werte zu verlieren. Wenn wir als Gemeinde mutig, verantwortungsbewusst und gemeinsam handeln, bin ich überzeugt, dass wir Düdingen positiv weiterentwickeln können.



## Rückblick auf den Clean-Up-Day und die Positionierung der FDP Wünnewil-Flamatt im Bereich Umwelt

Wir blicken auf den 8. Clean-Up-Day in der Gemeinde Wünnewil-Flamatt zurück, organisiert von der FDP Wünnewil-Flamatt. In diesem Jahr lag der Fokus auf der Beseitigung von Müll und der Bekämpfung invasiver Neophyten – gebietsfremder Pflanzen, die erhebliche Schäden für die Biodiversität, die Gesundheit und die Wirtschaft verursachen können.

**Herzlichen Dank an alle Beteiligten und unsere Sponsoren.** Ein besonderes Merci geht an Monika Freiburghaus, die

beim Umweltschutz. Hierbei geht es nicht nur um die Säuberung, sondern vor allem um die Bewusstseinsbildung für nachhaltige Verhaltensweisen.

Umweltschutz im Alltag kann durch einfache Massnahmen erreicht werden, wie die Nutzung von Mehrwegprodukten, korrekte Mülltrennung, das Sparen von Energie und Wasser sowie der Verzicht auf unnötige Plastikverpackungen. Ein praktisches Beispiel: die Nutzung von Mehrwegbechern der Gemeinde bei Veranstaltungen.

### Positionierung der FDP Wünnewil-Flamatt im Bereich Umwelt

- ◆ **Anpacken und Sensibilisieren:** Ein Beispiel dafür ist die Organisation des Clean-Up-Days.
- ◆ **Förderung erneuerbarer Energien:**



alle Teilnehmer zum Thema der gebietsfremden Pflanzen informierte und anschaulich erklärte, wie dagegen vorgegangen werden kann.

Der jährliche Clean-Up-Day ist nicht nur ein Zeichen des Engagements für den Umweltschutz, sondern auch ein wichtiger Schritt in der Sensibilisierung. Die Eigenverantwortung jedes Einzelnen spielt eine zentrale Rolle

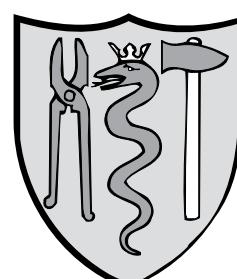
Die FDP setzt sich für ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Nutzung erneuerbarer Energien ein (z.B. Motion Erneuerbare Energie für Liegenschaften der Gemeinde).

- ◆ **Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen:** Ein weiteres Beispiel ist das Postulat «MetamorpHouse», das sich mit der Innenentwicklung von Einfamilienhaus-Quartieren befasst (letzter Anlass: 28.9.22).

## Machen Sie mit!

Die FDP Wünnewil-Flamatt bietet Raum für Ideen und Engagement. «Gemeinsam machen wir Wünnewil-Flamatt stark». Wir laden Sie ein, sich zu beteiligen und mit uns zusammen die Zukunft unserer Gemeinde nachhaltig zu gestalten. Für mehr Informationen können Sie uns direkt per E-Mail unter [praesidium@fdp-wuefla.ch](mailto:praesidium@fdp-wuefla.ch) kontaktieren.

CO-Präsidentin FDP Wünnewil-Flamatt  
Sarah Zingg



## FDP Schmitten – Eine neue Sektion entsteht

Nach rund zwanzig Jahren ohne eigene Vertretung steht die FDP in Schmitten kurz vor der Wiedergründung einer Sektion. Unser Ziel ist es, die liberale Stimme in der Gemeinde wieder hörbar zu machen und Verantwortung im politischen Alltag zu übernehmen – unter anderem mit dem Anstreben einer Liste für den Gemeinderat.

Wir möchten engagierte Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die sich mit den Werten der FDP identifizieren und bereit sind, sich aktiv für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer Gemeinde einzusetzen. Mit Tatkraft, Erfahrung und frischen Ideen wollen wir einen konstruktiven Beitrag zur Schmittenner Politik leisten.

## Patrice von Arx

Ich bin Berater bei der Valiant Bank in Murten, studiere Wirtschaft an der HWZ in Zürich und bin als Revisor der FDP-Sense tätig. In meiner Freizeit engagiere ich mich beim Tennisclub Schmitten und bin Mitgründer zweier Unternehmen im Bereich E-Commerce und



Digital Marketing im B2B-Segment. Es ist mir ein Anliegen, dass Schmitten seine Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort weiter stärkt – mit soliden Finanzen, unternehmerischem Denken und einem offenen Dialog.

## Yvan Staempfli

Ich arbeite als Local Quality Officer bei CSL Behring in Bern und bin gemeinsam mit meiner Frau und unserem Hund im Frühling 2023 nach Schmitten gezogen. In meiner Freizeit bin ich als Samariter tätig, spiele Kontrabass und Golf. Bis zu unserem Umzug nach Schmitten war ich in der Gemeinde Wünnewil-Flamatt als Generalrat für die FDP tätig und möchte mich auch in Schmitten für unsere freisinnige Politik einsetzen, ganz nach dem Motto: selbstverantwortlich, liberal, zukunftsorientiert.



Wir freuen uns, die liberale Präsenz in Schmitten wieder aufzubauen, und laden Interessierte herzlich ein, mit uns in Kontakt zu treten. Gemeinsam wollen wir die Zukunft unserer Gemeinde im Sinne der Freiheit, Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit gestalten.

## Impressum

### Herausgeber:

FDP Sense, [www.fdp-sense.ch](http://www.fdp-sense.ch)

### Redaktion:

[info@fdp-sense.ch](mailto:info@fdp-sense.ch)

### Inserate:

[fschneider55@bluewin.ch](mailto:fschneider55@bluewin.ch)

### Gestaltung und Druck:

Sensia AG, 3186 Düdingen

### Erscheinungsweise und Verbreitung:

Erscheint 2 bis 3 mal pro Jahr in einer Auflage von 22 500 Ex.

Geht an alle Haushaltungen im Sensebezirk.